



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### X. Legislaturperiode

**17. Sitzung vom 21. Juni 2010**

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.00 - 22.10 Uhr

---

**Leitung:** M. Ziegler

**Anwesend:** 38 Mitglieder

**Abwesend:** S. Bräutigam, D. Zimmermann

**Präsident:**

Markus A. Ziegler

**Protokoll:**

Brigitte Christen

## Mitteilungen des Präsidenten

*M. Ziegler:* Heute ist seine letzte Sitzung, die er präsidiert. Es war ihm eine grosse Ehre, diese Funktion während einem intensiven Jahr auszuüben. Für die Zusammenarbeit bedankt er sich bei der Verwaltung beim Gemeinderat sowie bei den Ratskolleginnen und -kollegen.

Aufgrund der grossen Zahl von Vorstössen im letzten Amtsjahr hat sich das Büro mit diesem Thema und insbesondere mit den Behandlungsfristen befasst. Es ist selbstverständlich das gute Recht von jedem Ratsmitglied, Begehren einzureichen. Aus seiner persönlichen Sicht wäre es wünschenswert öfter abzuwägen, ob ein Anliegen wirklich einen Vorstoss wert ist oder nicht. Die durch den Verzicht eingesparte Energie könnte dann in eine lustvollere Ratsdebatte investiert werden.

Es sind zwei Rücktritte bei der SP-Fraktion bekanntzugeben: Fabian Dietiker und Daniel Gorba demissionieren Ende dieses Monats. Er wird die beiden Ratsmitglieder am Schluss der Sitzung verabschieden.

Die Traktandenliste ist sehr lang. Verschiedene Interpellationen mussten bereits mehrfach zurückgestellt werden. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat seine Antworten schriftlich abgefasst. Er bittet die Interpellanten, sich möglichst kurz zu äussern, ob sie damit zufrieden sind.

Während dem Auszählen der Wahlzettel für das Präsidium bzw. Vizepräsidium, wird ein Gitarren-Ensemble der Musikschule unter ihrem Lehrer Christian Reichert spielen. Ausserdem wird Dimitri Gamboni auf dem Klavier vier Stücke vorspielen. Er ist Schüler von Thomas Weber.

## Neu eingereichte Vorstösse:

- Postulat SVP: Direkte Subjektfinanzierung bei der familienexternen Kinderbetreuung auch im Kindergarten- und Primarschulalter; Gesch. Nr. 117
- Interpellation SVP: Minikreisel und Blumenrabatten an der Paradiesstrasse; Gesch. Nr. 116
- Anfrage SVP: Behindertenlift beim Schloss Binningen; Gesch. Nr. 118
- Postulat GLP/FDP: Vom Klimawandel, von Bananen und Kreiseln; Gesch. Nr. 119

Es wird kein Wortbegehren gestellt. Die Anfrage wird am Schluss der Sitzung beantwortet. Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

<b>Traktandenliste</b>	<b>Gesch. Nr.</b>
1. Genehmigung des Protokolls vom 31.5.2010	
2. Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010: <b>Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 2010/11</b>	<b>111</b>
3. Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010: <b>Wahl des Vizepräsidiums für das Amtsjahr 2010/11</b>	<b>112</b>
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.3.2009 und Bericht / Antrag der BPK vom 17.5.2010: <b>Totalrevision Strassenreglement, 1. Lesung</b>	<b>41</b>
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.4.2010 und Bericht / Antrag der GRPK vom 3.6.2010: <b>Jahresbericht 2009</b>	<b>90</b>
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010: <b>Rückständebericht</b>	<b>102</b>
7. Bericht der GRPK vom 3.6.2010: <b>Optimierung von Inhalt und Prozess des Steuerungssystems der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung WOV</b>	<b>107</b>
8. Bericht der GRPK vom 31.5.2010: <b>Kulturfonds der Gemeinde Binningen</b>	<b>110</b>
9. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 23.3.2010 zum Postulat GRPK: <b>Budgetierung Schule / Musikschule</b>	<b>71</b>
10. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 4.5.2010 zum CVP-Postulat: <b>Musik für Seniorinnen und Senioren</b>	<b>86</b>
11. Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 23.3.2010 zum SVP-Postulat: <b>Wahrung der Transparenz statt Behinderung der Meinungsbildung</b>	<b>85</b>
12. Interpellation SP vom 4.2.2010: <b>Energiefragen</b>	<b>82</b>
13. Interpellation Grüne/EVP vom 2.2.2010: <b>Wirkungsziel Förderung Energiemassnahmen</b>	<b>83</b>
14. Interpellation SP vom 15.3.2010: <b>Was passiert mit Hauswarten und Reinigungspersonal an der Sekundarschule?</b>	<b>96</b>
15. Interpellation SVP 13.3.2010: <b>Sicherheitsvorkehrungen bei den Binninger Gemeindefinanzen</b>	<b>93</b>
16. Interpellation SP vom 12.4.2010: <b>Abbau Schulsozialarbeit an der Sekundarschule Binningen / Bottmingen</b>	<b>101</b>
17. Interpellation SP vom 14.4.2010: <b>Integration</b>	<b>104</b>
18. <b>Diverses</b>	

**Traktandum 1**

Das Protokoll der Sitzung vom 31. Mai 2010 wird genehmigt.

**Traktandum 2****Gesch. Nr. 111**

Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010:

**Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 2010/11**

*CVP: L. Metzger* gibt bekannt, dass seine Fraktion Alex Achermann zur Wahl als Präsident vorschlägt.

Es werden keine weiteren Kandidat/innen nominiert.  
(37 Mitglieder anwesend)

**://:** Als Präsident für das Amtsjahr 2010/2011 wird, bei einem absoluten Mehr von 17 Stimmen, mit 32 Stimmen gewählt:  
**Alex Achermann, CVP**

*A. Achermann* erklärt Annahme der Wahl.

**Traktandum 3****Gesch. Nr. 112**

Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010:

**Wahl des Vizepräsidiums für das Amtsjahr 2010/11**

*U.-P. Moos:* Die SVP nominiert ihren Fraktionspräsidenten Christian Schaub für das Vizepräsidium.

Es werden keine weiteren Kandidat/innen vorgeschlagen.  
(37 Mitglieder anwesend)

**://:** Als Vizepräsident für das Amtsjahr 2010/2011 wird, bei einem absoluten Mehr von 16 Stimmen, mit 28 Stimmen gewählt:  
**Christian Schaub, SVP**

**Traktandum 4****Gesch. Nr. 41**

Bericht / Antrag Gemeinderat vom 31.3.2009 und Bericht / Antrag BPK vom 17.5.2010:

**Totalrevision Strassenreglement, 1. Lesung**

*BPK-Präsident W. Müller:* Der vorgelegte Reglementsentwurf lehnt sich stark an das kantonale Musterreglement an. Es ist das Instrument zur Umsetzung und Finanzierung von strassenbaulichen Vorhaben. Die zuständige kantonale Stelle hat im Rahmen der Vorprüfung des Erlasses einzig darauf aufmerksam gemacht, dass der Nutzungstransfer nicht ins Strassenreglement, sondern in den Strassennetzplan gehöre. Der Gemeinderat beantragte, den entsprechenden Paragraphen zu streichen. Die BPK teilt diese Auffassung nicht, weil er sich bisher bewährte, auch wenn er kaum noch Anwendung finden wird. Dieser Paragraph wurde in der letzten Sitzung mit dem Zonenreglement beschlossen. Die wesentlichste Änderung betrifft die Verteilung der Baukosten. Heute bezahlt der

Grundeigentümer 20 - 25 % daran, die Gemeinde 80 - 85 %. Der Gemeinderat schlug auf Basis Musterreglement neu eine umgekehrt proportionale Verteilung vor. Da Binningen kaum mehr über Landreserven verfügt und nur noch vier Erschliessungsstrassen auszubauen verbleiben, beantragt die BPK die Beibehaltung des heutigen Verteilschlüssels. Konkret für Sammelstrassen: Eigentümer 25 % und 75 % Gemeinde bzw. für Erschliessungsstrassen und -wege: Eigentümer 30 % und 70 % Gemeinde. Im Namen der BPK beantragt er, das Reglement mit den vorgeschlagenen Änderungen zu beschliessen.

#### Eintreten:

*SVP: R. Ewald* plädiert für die Genehmigung des Strassenreglements. Zum besseren Verständnis ist es wichtig, dass die Zuständigkeit von Gemeinderat bzw. Einwohnerrat aufgeführt wird. Seine Fraktion stimmt dem Nutzungstransfer zu und Anschlusskosten sollen nicht gemäss Musterreglement angesetzt, sondern wie bisher beibehalten werden.

*SP: D. Gorba* begrüsst, dass die Gemeinde die Hauptlast für den Strassenbau trägt. Die Mehrheit seiner Fraktion stimmt der Totalrevision gemäss BPK-Anträgen zu. Es ist lediglich bedauerlich, dass die Gemeinde auf mögliche Einnahmen verzichtet und sie dann im Rahmen der KAP im Sozialbereich kompensieren will.

*FDP: R. Moll* hat keine Einwände anzubringen. Er dankt der Verwaltung für die hilfreiche synoptische Darstellung. Seine Fraktion folgt den Anträgen der BPK.

*CVP: A. Alt*: Zweifellos ist eine Anpassung an die kantonale Gesetzgebung nötig und sinnvoll. Die bisherige Verteilung der finanziellen Last soll beibehalten werden. Der BPK gebührt ein Dankeschön. Die Fraktion schliesst sich den Kommissionsanträgen an.

*EVP/Grüne: P. Buess* beschränkt sich auf die Feststellung, dass seine Fraktion das vorliegende Reglement ebenfalls genehmigen will.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *C. Simon* freut sich über die uneingeschränkte Zustimmung. Er weist deshalb auf die Möglichkeit hin, das Reglement in einer Lesung zu verabschieden.

#### Detailberatung: keine Wortmeldungen

*Präsident M. Ziegler* erwähnt, dass für den gemeinderätlichen Antrag auf eine Lesung eine 2/3-Mehrheit der Anwesenden nötig ist.

Einstimmig wird beschlossen:

<b>://:</b> Das totalrevidierte Strassenreglement wird mit den von der BPK vorgeschlagenen Änderungen in einer Lesung beschlossen.
--

## Traktandum 5

**Gesch. Nr. 90**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.4.2010 und Bericht / Antrag der GRPK vom 3.6.2010:

### **Jahresbericht 2009**

*GRPK-Präsident F. Dietiker*: Die Kommission hat sich intensiv mit dem Geschäft befasst. Der erfreuliche Abschluss der Rechnung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Selbstfinanzierungsgrad (SFG) über acht Jahre gegenüber dem Budget schlechter ausfällt. Wie im Bericht ausgeführt, liegen die Gründe für das gute Ergebnis in einmaligen Sonderfaktoren; dies sind insbesondere der bessere Finanzausgleich und höher als erwartete Steuereinnahmen. Als weiterer Faktor konnten die Investitionsvorhaben nicht plangemäss umgesetzt werden. Es wurden nur 4/5 davon realisiert. Zudem weist die kantonale Pensionskasse noch eine Unterdeckung von über 20 % auf,

oder in Zahlen ausgedrückt: rund 14 Mio. Franken werden durch Arbeitgeber und -nehmer aufzubringen sein. Ab 2012 stellt der Gemeinderat deshalb jährlich eine halbe Million Franken ins Budget ein. In Abweichung zu den Anträgen des Gemeinderats beantragt die GRPK, als Einlage 100'000 Franken für die Vorfinanzierung des Tribünengebäudes zu verwenden. Dabei handelt es sich um den Betrag, den der Gemeinderat zur Aufstockung des Kulturfonds vorsah. Dieser Antrag hat allerdings Auswirkungen, welche die Kommission nicht berücksichtigt hat, auf welche jedoch die Verwaltung noch rechtzeitig hinwies. Es ergäben sich folgende neuen Zahlen: auf S. 24 der Rechnung unter Pt. 2, in Produktgruppe Kultur/Freizeit/Sport, ist der Betrag um 100'000 Franken zu reduzieren, entsprechend beläuft sich der Gesamtbetrag auf 41'438'599; ebenso unter Pt. 3, Positionen ausserhalb des Globalbudgets. Hingegen erhöht sich der Betrag unter Pt. 5, Buchst. b) Ergebnisverwendung, um 100'000. Diese Summe entfällt dafür in Buchstabe c), Einlage in den Kulturfonds. Abschliessend sei erwähnt, dass die externe Revisionsfirma der Gemeinde wiederum ein gutes Zeugnis ausgestellt hat. Im Namen der Kommission dankt er Gemeinderat und Verwaltung für die sorgfältige Berichterstattung.

#### Eintreten:

*FDP: J. Humbel:* In den Medien ist besonders der gute Rechnungsabschluss hervorgehoben worden. Der Wermutstropfen dabei ist der Umstand, dass der SFG über acht Jahre deutlich vom vorgegebenen Ziel abweicht. Diesbezüglich bleibt im Zusammenhang mit der KAP noch einiges zu tun. Es erscheint seiner Fraktion richtig, dass die 100'000 Franken für das Tribünengebäude reserviert werden. Sonst besteht die Gefahr, dass der Betrag irgendwo versandet. Bedauert wird, dass die Endabrechnung vom Schloss noch aussteht. Die Anträge der GRPK werden unterstützt.

*SP: S. Brenneisen:* Es ist der Kostendisziplin der Verwaltung zu verdanken, dass gute Zahlen für 2009 ausgewiesen werden können. Es trifft zu, dass der SFG knapper geworden ist; dieser liegt aber noch deutlich über 100 %. Seine Fraktion sieht deshalb nicht ein, dass die KAP-Massnahmen, wie sie in der Vorlage im Mai präsentiert wurden, vollumfänglich umgesetzt werden müssen. Der Fehlbetrag in der Pensionskasse muss behoben werden. Die diesbezüglichen Empfehlungen der Revisions-Gesellschaft sind zu befolgen. Zudem wird der Gemeinderat gebeten, sich auch weiterhin gegen den Fluglärm aktiv einzusetzen. Bezüglich Sutter-Liegenschaft am Holeerain wäre es von Vorteil, wenn die Exekutive mit dem Denkmalschutz zusammenarbeiten würde statt des Gegenteils. Und was den Kulturfonds anbelangt, möchte die SP-Fraktion diesen belassen.

*SVP: U.-P. Moos:* Seiner Fraktion ist nicht erst seit der KAP bewusst, dass gespart werden muss, was der sinkende SFG nun verdeutlicht. Entsprechende Anträge zu den Budgets 2009/10 wurden jedoch abgelehnt. Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, den Betrag von 100'000 Franken für das Tribünengebäude zu reservieren. Aus politischer Sicht ist zu vermuten, dass der Gemeinderat im Vorfeld der Abstimmung zu einem gemeinsamen Werkhof gute Stimmung verbreiten will. Positiv ist, dass sich die Gemeinde betreffend Asylunterkunft vom Kanton nicht unter Druck setzen liess. Unverständlich ist, weshalb die Schlussabrechnung zum Schlosspark noch nicht vorliegt. Es ist zu befürchten, dass diese höher ausfällt, was auf die mangelnde Bauaufsicht und -kontrolle zurückzuführen ist und auch in Zukunft weitere Aufwendungen anfallen werden. Grundsätzlich werden die GRPK-Anträge unterstützt; bezüglich der Ergebnisverwendung wird jedoch beantragt, die 100'000 Franken nicht für das Tribünengebäude, sondern für die Abschreibung der Liegenschaft am Hasenrain zu verwenden, was der Gemeinderat versäumte.

*CVP: L. Metzger* ist erfreut über den Rechnungsabschluss. Er dankt allen, die den Bericht verfasst haben, insbesondere dem GRPK-Präsidenten, der die Kommissions-Sitzungen sehr gut und zügig geleitet hat. Die Anträge werden befürwortet. Seine Fraktion bittet den Gemeinderat, die drei Empfehlungen möglichst rasch umzusetzen.

*Grüne/EVP: A. Jagtap* fasst sich kurz. Der Rechnungsabschluss ist sehr positiv. Als Hypothek und belastend für die Gemeindefinanzen könnten sich die ausstehende Endabrechnung zum Schlosspark und der ungewisse Ausgang der hängigen Einsprache beim Kantonsgericht betr. Sutter-Haus herausstellen. Die Verwendung der 100'000 Franken für das Tribünengebäude erachtet seine Fraktion als sinnvoll. Den GRPK-Anträgen wird zugestimmt. Sie wird sich jedoch für die weitere Äufnung des Kulturfonds aussprechen.

*GLP: M. Hopf* äussert sich zufrieden zum Bericht. Auch wenn die Rechnung besser abschliesst als erwartet, hofft er, dass die kommunalen Aufgaben trotzdem überprüft werden.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *M. Keller:* Obwohl der anvisierte Selbstfinanzierungsgrad nicht erreicht worden ist, durfte die Genugtuung über den erfreulichen Abschluss in den Medien zum Ausdruck kommen. Der Gemeinderat ist sich aber durchaus bewusst, dass die KAP trotzdem nötig ist und sieht zuversichtlich der konstruktiven Debatte in der GRPK zu diesem Geschäft entgegen. Die Frage, weshalb die Liegenschaft an der Hasenrainstrasse nicht abgeschrieben wurde, ist bereits im Mai beantwortet worden. Der Grund ist, dass prinzipiell keine noch bewohnten Liegenschaften abgeschrieben werden. Dies wird erst Ende 2010 möglich sein. Zum Vorwurf der verzögerten Abrechnung zum Schlosspark ist festzuhalten, dass noch ein paar wenige Handwerkerrechnungen fehlen. An der letzten Sitzung wurde kritisiert, dass eine noch nicht revidierte Abrechnung vorgelegt wurde. Der Gemeinderat wird sich deshalb hüten, eine noch unvollständige Abrechnung zu unterbreiten. Das Thema Schloss wird damit nicht für Jahre ad acta gelegt werden können. Bei diesem historischen Gebäude wird sich immer wieder Sanierungsbedarf ergeben.

#### Detailberatung:

*EVP/Grüne: P. Buess* meldet sich zu den Leistungsberichten zu Wort, und zwar zu Seite 178, Leistungsziel 9.6.d: In seiner Antwort zum Geschäft Nr. 83 informiert der Gemeinderat, dass Geld im Rahmen von 40'000 Franken für die Förderung von Energiemassnahmen nicht an private Haushalte floss, sondern für öffentliche Gebäude ausgegeben wurde. Er wünscht, dass der Betrag von 60'000 Franken korrekt verbucht wird und für den eigentlichen Zweck auf 2010 umgebucht wird.

*Gemeinderätin A. Mati* stellt richtig, dass es bei den geförderten Energieprojekten nicht um die Fördermassnahmen für Private geht, sondern um jene, die im Zusammenhang mit "100 jetzt" realisiert wurden. Wenn schon waren und bleiben weiterhin 20'000 Franken für Private eingestellt.

*U.-P. Moos* kommt zurück auf das Stichwort Schlosspark im Votum von Gemeinderat Keller. Die SVP-Fraktion hofft doch sehr, dass die ausgegebenen rund 20 Millionen für die nächsten zehn Jahre ausreichen werden. Sie hat im Übrigen nichts gegen den Bau des Tribünengebäudes einzuwenden, stellt aber dennoch den Antrag, dass die 100'000 Franken nicht dafür, sondern für die Abschreibung der Liegenschaft Hasenrain 89, verwendet werden.

Einstimmig wird beschlossen:

<b>://:</b> <b>5.1 Die Leistungsberichte werden genehmigt.</b>
--

*Präsident M. Ziegler* erläutert nochmals, warum welche Zahlen ändern, aufgrund des Umstands, dass die Einlage von 100'000 Franken in den Kulturfonds als Aufwand verbucht wird, Vorfinanzierungen hingegen aus dem Gewinn entnommen werden.

*SP: G. Löhr* regt an, zuerst über Antrag 2 der GRPK bezüglich Kulturfonds abzustimmen und aufgrund dieses Resultats wenn nötig die Anpassungen vorzunehmen. Ihre Fraktion findet es wichtig, dass der Gemeinderat auch künftig Binninger Vereine und Organisationen für besondere kulturelle Anlässe spontan unterstützen kann. Das ist ein Zeichen der Wertschätzung an diese Organisationen. Nur weil der Gemeinderat einmal dieses Konto überzog, besteht noch kein Grund, den Kulturfonds aufzulösen.

*SVP: C. Anliker* präzisiert, dass die 100'000 Franken keinen direkten Zusammenhang mit dem Kulturfonds haben.

*G. Löhr:* Normalerweise wird der Fondsbetrag längst nicht ausgeschöpft. Die SP-Fraktion reicht daher folgenden Antrag ein: Der Fonds soll auf 150'000 Franken begrenzt werden. Ausserdem sollen die zur Diskussion stehenden 100'000 Franken wie folgt aufgeteilt werden: 30'000 für den Kulturfonds und 70'000 für die Vorfinanzierung des Tribünengebäudes.

Präsident M. Ziegler erklärt, dass der Antrag der GRPK beinhaltet, dass keine zusätzlichen Mittel in den Kulturfonds fließen. Festzuhalten ist, dass dies nichts mit dem unter Traktandum 8 zu behandelnden Geschäft 110 zu tun hat. Es stehen in jedem Fall genügend Mittel zur Verfügung, um den Fondszweck zu erfüllen.

Der Antrag der SP lautet: *Aufstockung des Kulturfonds auf CHF 150'000, d. h. eine Zuweisung von CHF 30'051.55; der Restbetrag von CHF 69'948.45 - wie von der GRPK beantragt - als Einlage in die Vorfinanzierung für das Tribünengebäude.* Er stellt die beiden Anträge einander gegenüber.

**://: Der o. e. Antrag der SP-Fraktion wird mit 24 Nein, 12 Ja bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

Mit 37 Ja, 1 Enthaltung wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>5.2</b>	<b>Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 41'438'599 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):</b>		
		<b>Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen</b>	<b>CHF</b>	<b>2 408 169</b>
		<b>Steuern</b>		<b>496 394</b>
		<b>Gesundheit</b>		<b>4 701 133</b>
		<b>Kultur, Freizeit, Sport</b>		<b>3 196 789</b>
		<b>Bildung</b>		<b>14 093 468</b>
		<b>Öffentliche Sicherheit</b>		<b>751 307</b>
		<b>Soziale Dienste</b>		<b>10 095 235</b>
		<b>Verkehr, Strassen</b>		<b>4 052 745</b>
		<b>Versorgung</b>		<b>679 379</b>
		<b>Raumplanung, Umwelt</b>		<b>963 980</b>

Mit 37 Ja, 1 Enthaltung wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>5.3</b>	<b>Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 41'439'358 werden genehmigt.</b>	
-------------	------------	---	--

Einstimmig wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>5.4</b>	<b>Die Laufende Rechnung 2009 wird mit Aufwendungen von CHF 72'935'598, Erträgen von CHF 72'936'357 und einem Ertragsüberschuss von CHF 759 genehmigt.</b>	
-------------	------------	--	--

M. Ziegler verliert den SVP-Antrag: *Der Betrag ist gemäss Ziff. 5 lit. a, Ergebnisverwendung, für die Abschreibung der gemeindeeigenen Liegenschaft Hasenrainstrasse 89/89a (Parzelle Nr. 261) zu verwenden.*

**://: Der o. e. Antrag der SVP-Fraktion wird mit 26 Nein, 11 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.**



37 Ja, 1 Enthaltung wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>5.5</b>	<b>Der Bruttoüberschuss 2009 von CHF 9'625'356 wird wie folgt verwendet (Zahlen gerundet):</b>		
		<b>Zusätzliche Abschreibungen</b>	<b>CHF</b>	<b>6 721 431</b>
		<b>Einlage in Vorfinanzierungen</b>		<b>5 825 000</b>
		<b>Zuweisung an das Eigenkapital</b>		<b>759</b>
		<b>Entnahme aus Vorfinanzierungen</b>		<b>2 921 834</b>

Mit 37 Ja, 1 Enthaltung wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>5.6</b>	<b>Folgende Abrechnung zu einer Investitionsausgabe wird direkt genehmigt:</b>		
		<b>Diverse Strassendeckbeläge, Nettoaufwendungen</b>	<b>CHF</b>	<b>196 030</b>

Einstimmig wird beschlossen:

<b>://:</b>	<b>5.7</b>	<b>Die Bestandesrechnung mit Aktiven von CHF 49'207'608 und Passiven von CHF 49'206'849 wird genehmigt.</b>
-------------	------------	---

<b>://:</b>	<b>5.8</b>	<b>Die Investitionsrechnung 2009 mit Ausgaben von CHF 7'083'731, Einnahmen von CHF 601'611 und Nettoinvestitionen von CHF 6'482'120 wird zur Kenntnis genommen.</b>
-------------	------------	---

## Traktandum 6

**Gesch. Nr. 102**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.6.2010:

### Rückständebericht

#### Eintreten:

*Grüne/EVP: R. Bänziger:* Etliche der Vorstösse sind Restanzen, die bereits vor einem Jahr oder mehr unterbreitet worden sind. Fortschritte gibt es z. B. beim Midnight-Basketball oder bei der Förderung der Hochstamm-Obstbäume zu verzeichnen. Andere, wie beispielsweise das Lastwagen-Fahrverbot Neubadrain / Paradiesstrasse, sind mutlos angegangen worden, dazu zählen auch die Energiespar-Offensiven. Hier wären, abgesehen von der Biomasse, noch weitere nachhaltige Projekte prüfenswert. Auch die Grünfläche beim Pestalozzi-Schulhaus sollte realisiert werden. Sie hat den Eindruck, dass der Gemeinderat aufgrund des Werkhofprojekts u. ä. wenig Energie für die einwohnerrätlichen Anliegen investiert hat. Ihre Fraktion ist gegen die Abschreibung des Postulats Nr. 55, kommunale Beteiligung an nachhaltiger Energieerzeugung, ebenso des Postulats Nr. 200, Hochstamm-Obstbäume, so lange die Verträge noch nicht unterschrieben sind.

*FDP: G. Metz:* Das Postulat, Schaffung einer Fachstelle für Kinder- und Familienfragen, kann aufgrund der gemeinderätlichen Ausführungen abgeschrieben werden; nicht zuletzt weil auch die Kirchgemeinden in diesem Sektor aktiv sind. Besonderes Gewicht legt er auf das Postulat der Schaffung einer Regio Gewerbe-Parkkarte. Das Problem ist auch nach der negativen Abstimmung zum Parkregime in Basel-Stadt weiterhin für Handwerker äusserst aktuell und sollte rasch gelöst werden.

*SP: B. Jost* schliesst sich betreffend Vorstoss für Hochstamm-Obstbäume der Aussage von R. Bänziger an. Diesbezüglich könnte noch mehr getan werden. Erfreulich ist, dass der erste Versuch mit Midnight-Basketball erfolgreich verlief und weitere solche Veranstaltungen geplant sind. Ebenso ist ihre Fraktion froh, dass das Postulat für eine Fachstelle für Kinder- und Familienfragen stehen bleiben soll. Tatsächlich sind mehrere Stellen involviert, umso wichtiger ist die Koordination. Was die Motion "Kein Leistungsabbau bei der Stiftung Kinderbetreuung" angeht, ist es wünschenswert, wenn möglichst rasch ein verbindliches Reglement verabschiedet werden kann.

*C. Schaub* erwähnt, dass die SVP-Fraktion sich den Anträgen auf Abschreiben 1, 3, 4 und 5 anschliessen wird. Das Postulat Nr. 184, Schalteröffnungszeiten auch für Erwerbstätige, soll jedoch pendent bleiben. Längere Öffnungszeiten an einem Abend entsprechen einem Bedürfnis.

*SVP: U.-P. Moos:* Mit seiner Stellungnahme zur Motion bezüglich Stiftung Kinderbetreuung manifestiert der Gemeinderat wiederum, dass er sich über den verbindlichen, klar formulierten Auftrag der Legislative hinweg setzt. Es ist überaus bedauerlich, dass nicht einmal die Anzeige beim Regierungsrat etwas bewirkt hat.

*Gemeinderätin A. Schuler* hält fest, dass sich die Subventionen für Hochstammbäume an Landwirte wie folgt zusammensetzen: erstens Bundes-, zweitens kantonale und drittens kommunale Beiträge. Die Binninger Bauern erfüllen offenbar die kantonalen Auflagen noch nicht und erhalten deshalb keine Ökobeiträge vom Kanton. Solange diese Basis fehlt, können auch keine kommunalen Zahlungen vorgenommen werden. Das Problem ist, dass es sich um eher kleine Baumbestände handelt. Der Aufwand zur Bewirtschaftung ist erheblich und daher wenig attraktiv.

*Gemeindepräsident C. Simon* erläutert zu den Schalteröffnungszeiten, dass im Herbst während drei Wochen evaluiert wurde, wie viele Personen zu welchen Stunden auch ausserhalb der geltenden Zeiten kamen. Pro Woche sind es etwa acht Personen, welche einen Termin nach Vereinbarung benötigen. Von diesem Angebot wird aufgrund entsprechender Publikation vermehrt Gebrauch gemacht und ist offensichtlich ausreichend. Das Postulat darf als erledigt abgeschrieben werden. Für eine Änderung müssten konkrete Zahlen vorgelegt werden.

*SP: A. Braun* wünscht, dass der Gemeinderat abklärt, ob nebst den drei Landwirten auch allenfalls private Obstbaumbesitzer interessiert wären.

*Gemeinderätin A. Mati:* Wie auch aus den Antworten auf die Interpellationen Nr. 82 und 83 hervorgeht, tut sich einiges bezüglich nachhaltige Energieerzeugung (Postulat Nr. 55). Die Ausrichtung der Wärmeversorgung in Binningen ist auch im Legislaturprogramm thematisiert. Ziel ist, dass sie mindestens zu 50 % aus erneuerbarer Energie gewonnen wird. Eine entsprechende Vorlage wird noch dieses Jahr unterbreitet. Dies gilt auch für die Umsetzung des Konzepts für Fördermassnahmen für Private. Der Vorstoss kann daher abgeschrieben werden.

*SVP: C. Schaub* vertritt die Auffassung, dass die Gemeinde ein Dienstleistungsbetrieb ist und bei den Schalteröffnungszeiten einmal pro Woche am Abend auf die Bedürfnisse der Pendler/innen Rücksicht zu nehmen hat.

*C. Simon* entgegnet, dass nach 18.00 Uhr offensichtlich kein Bedarf vorhanden ist. Die Verwaltung zeigt sich sehr flexibel.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

**://: Das Postulat der SP-, Grüne/EVP-Fraktion, Koordination der Mobilfunkantennen-Standorte, wird als erledigt abgeschrieben.**

Mit 18 Ja, 19 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

**://: Das Postulat der FDP, Schalteröffnungszeiten auch für Erwerbstätige, (Gesch. Nr. 184) wird nicht abgeschrieben.**

Mit 21 Ja, 13 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen.

**://: Das SP-Postulat: Förderung von Hochstamm-Obstbäumen wird als erledigt  
abgeschrieben.**

Einstimmig wird beschlossen:

**://: Das CVP-Postulat: Brandruine an der Hauptstrasse 10 wird als erledigt  
abgeschrieben.**

Mit 22 Ja : 16 Nein wird beschlossen:

**://: Das Postulat SP: Kommunale Beteiligung an nachhaltiger Energie-  
erzeugung wird als erledigt abgeschrieben.**

Die Abstimmung zum FDP-Antrag auf Abschreibung des SP-Postulats Nr. 165

**://: Das Postulat, Schaffung einer Fachstelle / Kommission für Kinder-,  
Jugend- und Familienfragen, wird als erledigt abgeschrieben.  
(20 Ja : 18 Nein)**

## Traktandum 7

**Gesch. Nr. 107**

### **Optimierung von Inhalt und Prozess des Steuerungssystems der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOF)**

*GRPK-Präsident F. Dietiker:* Mit der Rechnung 2009 hat heute der Rat den vierten Abschluss, verabschiedet, welcher auf den Grundsätzen von WOF basiert. Eine Überprüfung, ob die eingeschlagene Richtung und die avisierten Ziele noch stimmen und erreicht werden können, drängte sich auf. Eine Subkommission hat sich vertieft damit auseinander gesetzt. Sie hat einen Leistungsauftrag exemplarisch überarbeitet und ein Manual für die übrigen erstellt. Die Kommission ist prinzipiell mit dem Steuerungssystem zufrieden, Verbesserungen und Anpassungen sind jedoch möglich. So soll der Unterschied zwischen Wirkungs- und Leistungsziel eliminiert werden; die vielen einzelnen Ziele sind zu straffen; wenn immer möglich ist eine direkte Verbindung zwischen Leistung und Finanzen herzustellen. Die Produktbeschreibung ist klar zu formulieren; neu soll eine Rubrik Umfeldentwicklung eingefügt werden, in welcher Trends berücksichtigt werden. Ausserdem sind die benötigten Personalressourcen auszuweisen und längerfristig ist ein Kennzahlensystem als Grundlage anzulegen. Die neue Form soll bereits für das Budget 2011 und den Finanzplan 2012 - 2015 angewendet werden.

#### Eintreten:

*SP: V. Dubi* ist überzeugt, dass sich die Arbeit der GRPK gelohnt hat, weil dadurch die Leistungsaufträge lesbarer und aussagekräftiger werden. Eine gewisse Skepsis hat sie höchstens, ob die Überarbeitung im vorgesehenen Zeitrahmen möglich ist. Persönlich hätte sie es vorgezogen, dass die Leistungsaufträge - zunächst ohne Budgetzahlen - vorher redaktionell überarbeitet würden und dies nicht anlässlich der Debatte im Plenum zum Voranschlag 2011 geschieht.

*CVP: L. Metzger* erachtet die Vorlage als sinnvoll und wichtig. WOF muss weniger akademisch, dafür praxisnahe sein. Kurz, die Anträge werden unterstützt.

*SVP: C. Anliker* ist erfreut, dass seine abgelehnte Motion zur besseren Lesbarkeit von Voranschlag und Finanzplan nun doch Resonanz gefunden hat und bedankt sich für die Vorlage. Positiv ist auch, dass der Gemeinderat die überarbeitete Form bereits beim Budget 2011 anwenden will. Wesentlich ist, dass klar hervorgeht, welche Ziele steuerbar sind und welche nicht. Seine Fraktion befürwortet die Anträge.

*FDP: S. Kaiser:* Die Optimierung des Steuerungsinstruments ist wichtig. Die Fokussierung auf die steuerbaren Ziele ist für alle Beteiligten eine Vereinfachung, um WOV sinnvoll umzusetzen. Er begrüsst insbesondere, dass Alibiumfragen in Zukunft wegfallen. Die Anträge der GRPK werden genehmigt.

*Grüne/EVP: A. Jagtap* pflichtet den Aussagen der Vorredner bei. Allerdings ist die Überarbeitung aller Leistungsaufträge ein hoch gestecktes Ziel und bedeutet viel Aufwand für alle Beteiligten, der sich jedoch lohnt.

*Präsident M. Ziegler:* Weil die Anträge unbestritten sind, beabsichtigt er, global über alle drei abstimmen zu lassen.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:**    **7.1 Der Überarbeitung der Leistungsaufträge gemäss Manual und exemplarisch überarbeitetem Leistungsauftrag 3 wird im Grundsatz zugestimmt.**
- 7.2 Der Gemeinderat legt die 10 Leistungsaufträge für das Budget 2011 / den Finanzplan 2012 - 2015 in überarbeiteter Form vor.**
- 7.3 Die Überarbeitung durch den Gemeinderat und die Verwaltung erfolgt unter Einbezug der Leistungsaufträge 2009 und 2010 sowie der Leistungsberichte 2008 und 2009. Die in den genannten Dokumenten erwähnten Änderungen der Leistungsziele werden umgesetzt.**

## Traktandum 8

**Gesch. Nr. 110**

Bericht / Antrag der GRPK vom 21.5.2010:

### **Kulturfonds der Gemeinde**

*GRPK-Präsident F. Dietiker:* Im Zusammenhang mit der Prüfung der Rechnung 2008 hat die GRPK eine Kompetenzüberschreitung des Gemeinderats festgestellt, und zwar die Einweihung des Schlossparks betreffend. Dies gab den Anstoss, dass sich eine Subkommission unter der Leitung von V. Dubi eingehend mit dem Kulturfonds befasste. Abzuklären galt es: wie wird in Binningen Kultur gefördert, aus welchen Konten wird diese finanziert und welche Massnahmen sind ergriffen worden, damit § 27 des Finanzreglements künftig eingehalten wird. Im vorhergehenden Traktandum 5 ist die Aufstockung des Fonds abgelehnt worden. Aufgrund der vorgenommenen Untersuchung stellt die GRPK vier Anträge.

#### Eintreten:

*FDP: S. Kaiser:* Aus dem Bericht geht hervor, dass die Vergabekriterien nicht immer eingehalten wurden und verdeckte Subventionen nicht ausgeschlossen werden können. Der aufgrund der Untersuchung gezogene Schluss, den Fonds aufzuheben und die Summe im Budget einzustellen wird begrüsst, weil dies die Transparenz erhöht. Allerdings ist es sehr wahrscheinlich, dass der Betrag dann auch ausgegeben wird. Über die Auflösungsmodalitäten hat sich die GRPK keine Gedanken gemacht. Es wird befürchtet, dass sich anlässlich der Budgetdebatten endlose Diskussionen darüber ergeben, was zu fördernde Kultur ist. Aus diesem Grund beantragt seine Fraktion, diesen Punkt in der GRPK noch zu klären und das Geschäft an die GRPK zurückzugeben.

*SVP: U. Weber* merkt an, dass seine Fraktion die Anträge 1 bis 3 gutheisst. Beim Antrag 4 wird der Antrag gestellt, dass die Summe von 100'000 Franken auf die Hälfte reduziert wird.

*CVP: L. Metzger* ist erstaunt über die Aussage von S. Kaiser und damit nicht einverstanden. Über die Auflösung des Fonds wurde sehr wohl diskutiert. Der zum Zeitpunkt der Auflösung noch vorhandene Betrag fliesst in die Rechnung. Die Diskussion, wie hoch der Betrag sein soll, ergibt sich so oder so. Für diese bescheidene Summe braucht es aber kein separates "Kässeli". Der Entscheid, wer wie viel im Detail für Kultur erhält, ist zudem die Aufgabe des Gemeinderats und nicht der Legislative. Die Bevölkerung ist lediglich daran interessiert, ob für Kultur Geld ausgegeben wird oder nicht. Die CVP-Fraktion befürwortet die Anträge der Kommission und lehnt eine Kürzung gemäss SVP entschieden ab.

*SP: V. Dubi:* Wie bereits G. Löhr festgestellt hat, ist ihre Fraktion für die Beibehaltung des Fonds. Von einer Ausnahme abgesehen, ist der Gemeinderat sparsam umgegangen und hat durchschnittlich 40'000 Franken pro Jahr ausgegeben. Es ist gut, wenn er schnell und unbürokratisch für ein Projekt einen Kulturbeitrag sprechen kann. Die SP hätte auch ein Konzept begrüsst, in welchem die Vergabekriterien festgehalten wären. Sinnvoll ist, dass der Gemeinderat Rechenschaft ablegen muss.

*Grüne/EVP: A. Jagtap:* Der Begriff Kultur umfasst ein breites Spektrum und wird in Binningen auf verschiedenste Weise gefördert. Wie V. Dubi erwähnte, bedauert auch seine Fraktion, dass kein Konzept vorhanden ist. Noch wichtiger ist aber, dass die Möglichkeit besteht, Kultur nach den bestehenden Richtlinien des Fonds weiterhin zu fördern. Der Kulturfonds ist ein wichtiges Aushängeschild für die Gemeinde. Weil überdies der Übertrag ins ordentliche Budget mit Kürzungen erfolgen soll, lehnt seine Fraktion die GRPK-Anträge jedenfalls ab.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *B. Gehrig:* Mit der Gründung des Fonds 1987 war die Idee verbunden, ein klares Zeichen an Vereine und Institutionen zu setzen, die das kulturelle Leben in der Gemeinde bereichern. Was unter Kultur zu verstehen ist, darüber kann endlos diskutiert werden, doch sollte der Begriff seiner Meinung nach weit gefasst werden. Denn alle Kulturschaffenden tragen auch zur Wohnqualität bei. Die Fondsauflösung würde bei der Bevölkerung vermutlich ein negatives Echo auslösen. Grundsätzlich sollte der Fonds deshalb weitergeführt werden, wie hoch er dotiert wird, ist eine andere Frage.

*U.-P. Moos* gibt bekannt, dass der Antrag auf Kürzung der Summe zurückgezogen wird. Die SVP-Fraktion wird den Rückweisungsantrag unterstützen.

*G. Metz* erklärt, dass die FDP zwar die Anträge in der Kommission befürwortete, jedoch ergaben sich nachträglich Zweifel, ob dies der richtige Weg ist. Jährlich endlose Debatten im Zusammenhang mit dem Budget sind nämlich unbedingt zu vermeiden. Deshalb wird der Rückweisungsantrag an die GRPK gestellt.

Mit 21 Ja, 9 Nein bei 8 Enthaltungen wird der FDP-Antrag gutgeheissen:

**://: Das Geschäft wird an die GRPK zurückgewiesen.**

## Traktandum 9

**Gesch. Nr. 71**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.3.2010 zum GRPK-Postulat:  
**Budgetierung Schule / Musikschule**

### Eintreten:

*SVP: S. Keller* beanstandet, dass der Gemeinderat in seiner Stellungnahme die Kostenentwicklung für Teillektionen nicht aufzeigt. Beim Gruppenunterricht für die Fächer Tanz und Blockflöte werden die Einsparungen nicht ausgewiesen. Auch fehlt die Aussage, welche konkreten Massnahmen bei

Musicals getroffen werden können bezüglich Kontrolle des ökonomischen Verhaltens der Leitung. Aus dem Leistungsbericht geht im Übrigen hervor, dass die durchschnittlichen Lektionskosten 4.7 % über dem Durchschnitt der Referenzgemeinden liegen. Aus diesem Grund soll das Postulat nicht abgeschrieben werden.

*Grüne/EVP: R. Bänziger:* Aus dem Bericht geht hervor, dass die gesetzlichen Grundlagen keinen grösseren Spielraum erlauben bezüglich Kostenreduktion. Es sind die Eltern, welche die Lektionsdauer bestimmen. Meistens sind es Teillektionen; nur Fortgeschrittene beanspruchen Einzellektionen. Ihre Fraktion stimmt dem Antrag des ohnehin überflüssigen Postulats zu.

*FDP: P. Heiz* erachtet das Postulat als erfüllt, es kann daher abgeschrieben werden. Es ist eine erfreulich gute Übereinstimmung zwischen Budget und Rechnung zu verzeichnen. Ebenso ist positiv, dass Teillektionen in der Musikschule die Regel bilden und sich die Leitung dafür einsetzt, dass die Ansätze auf ein kostendeckendes Niveau angehoben werden.

*SP: V. Dubi* bemerkt, dass es gerade in der Musikschule schwierig ist, Prognosen zu stellen, weil die Schülerzahlen sehr variieren. Inzwischen ist eine bessere Budgetierung erreicht worden. Der Vorstoss kann abgeschrieben werden.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

**:::** Das GRPK-Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.

## Traktandum 10

**Gesch. Nr. 86**

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 4.5.2010 zum CVP-Postulat:  
**Musik für Seniorinnen und Senioren**

### Eintreten:

*CVP: K. Bartels:* Das Anliegen des Postulats entspricht einem grossen Bedürfnis. Inzwischen hat sie erfahren, dass ein entsprechendes Angebot bei der Pro Senectute bereits besteht. Vorteilhaft ist, dass für diese Altersgruppe besonders ausgebildete Fachkräfte Unterricht erteilen. Aufgrund dieser Sachlage wird das Postulat zurückgezogen.

**:::** Das Postulat wird zurückgezogen.

## Traktandum 11

**Gesch. Nr. 85**

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 23.3.2010 zum SVP-Postulat:  
**Wahrung der Transparenz statt Behinderung der Meinungsbildung**

### Eintreten:

*SVP: U.-P. Moos* dankt für die rasche Umsetzung seines Begehrens. Er entschuldigt sich für die falsche Behauptung, der direkt der BPK überwiesene Bericht zum Werkhof sei nicht allen Mitgliedern zugestellt worden.

*SP: G. Löhr:* Die Überschrift des Vorstosses ist beeindruckend und suggeriert, der Postulant setze sich heldenhaft gegen den Niedergang der Binniger Demokratie ein. In Tat und Wahrheit wird die Transparenz gewahrt. Ihre Fraktion hält zwar Direktüberweisungen auch nicht für zweckmässig. Das Postulat ist überflüssig und kann daher überwiesen und abgeschrieben werden.

*FDP: S. Inäbnit* vertritt die Meinung, dass Transparenz nach aussen sehr wichtig ist. Gemeinderat und Verwaltung haben in Einzelfällen nicht immer die nötige Sensibilität bewiesen. Diesem Aspekt ist vorausschauend Rechnung zu tragen. Seine Fraktion stimmt dem gemeinderätlichen Antrag zu.

Einstimmig wird beschlossen:

**://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und als erledigt abgeschrieben.**

## Traktandum 12

**Gesch. Nr. 82**

Interpellation SP vom 4.2.2010:

### Energiefragen

*SP: A. Braun* dankt für die Antwort. In Binningen sind noch kaum Solardächer zu finden. Die Anstrengungen, um dies zu ändern, sind in verstärktem Mass weiterzuführen. Es ist löblich, dass die Gemeinde bald zu 100 % Strom aus erneuerbaren Quellen bezieht. Unbefriedigend sind die Erläuterungen bezüglich Frage 2, Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Bedauerlich wäre, wenn die Exekutive aufgrund der KAP-Massnahmen auf ein Konzept zur Förderung des Langsamverkehrs verzichten würde.

**Der Interpellant ist von der Antwort teilweise befriedigt.**

## Traktandum 13

**Gesch. Nr. 83**

Interpellation Grüne/EVP vom 2.2.2010

### Wirkungsziel Förderung Energiemassnahmen

*EVP/Grüne: P. Buess* meint, dass die Belehrung über Wirkungs- und Leistungsziele etwas spät erfolgt, nachdem die Optimierung der Leistungsziele vorhin beschlossen worden ist. Er kann trotz der Antwort nicht nachvollziehen, was nun privat bzw. öffentlich ist. Immerhin ist etwas unternommen worden, was positiv ist.

**Der Interpellant ist von der Antwort teilweise befriedigt.**

## Traktandum 14

**Gesch. Nr. 96**

Interpellation SP vom 15.3.2010:

### Was passiert mit Hauswarten und Reinigungspersonal an der Sekundarschule?

*Gemeinderätin N. Schwarz:* Durch die Verschiebung dieses Traktandums ist die schriftlich abgegebene Antwort inzwischen überholt. Mittlerweile hat nämlich der Kanton mitgeteilt, dass er Hauswarte und Reinigungspersonal der Sekundarschule weiterbeschäftigen wird. Wann die Verträge in Kraft treten ist noch Gegenstand der Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Übernahmepaket. Am 28. Mai ist das betroffene Personal informiert worden.

*SP: S. Abt* stellt fest, dass ihre Fraktion sehr froh ist über diese Wende. Sie bittet die Verwaltung, die Sache nun noch zu einem guten Abschluss zu bringen.

**Der Interpellant ist von der Antwort befriedigt.**

### **Traktandum 15**

**Gesch. Nr. 93**

Interpellation SVP vom 13.3.2010:

#### **Sicherheitsvorkehrungen bei den Binninger Gemeindefinanzen**

*SVP: C. Anliker* bedankt sich für die schriftliche Antwort. Was ihn überrascht und etwas schockiert hat, ist die Tatsache, dass nicht autorisierte Zahlungen vorkommen können. Das angeblich immer durchgeführte 4-Augenprinzip steht im Widerspruch zum Revisionsbericht.

**Der Interpellant ist von der schriftlichen Antwort teilweise befriedigt.**

### **Traktandum 16**

**101**

Interpellation SP vom 12.4.2010:

#### **Abbau Schulsozialarbeit an der Sekundarschule Binningen / Bottmingen**

*SP: B. Jost* hält fest, dass sie trotz der ausführlichen Antwort nicht zufrieden sein kann. Die klare Trennung zwischen Kanton und Gemeinde ist einerseits verständlich, andererseits wird diese der Praxis keinesfalls gerecht. Der administrative Aufwand für die 10 %-Stelle ist gross. Sie bittet den Gemeinderat sehr, beim Kanton Druck zu machen; denn die entsprechende Verordnung wird offenbar derzeit überarbeitet. Der Zustand ist unhaltbar, zumal nochmals 10 % wegfallen werden, dies bei gleichbleibenden Schülerzahlen. Der Nutzen der Stelle ist unbestritten, weil damit nachweislich Kosten im Sozialbereich vermieden werden.

**Die Interpellantin ist von der schriftlichen Antwort nicht befriedigt.**

### **Traktandum 17**

**104**

Interpellation SP vom 14.4.2010:

#### **Integration**

*SP: T. Rehmann* hat mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, was in Sachen Integration in der Gemeinde alles getan wird. Sie dankt für die umfassende Antwort.

**Die Interpellantin ist von der schriftlichen Antwort befriedigt.**



## Traktandum 18

### Diverses

#### Anfrage SVP: Behindertenlift beim Binninger Schloss

*Gemeinderat M. Keller:* Die geschilderte Situation ist höchst unangenehm und für alle Beteiligten ärgerlich und sehr bedauerlich.

Frage 1: Wurde für diesen Behindertenlift eine korrekte Ausschreibung auf Basis eines konkreten Pflichtenhefts durchgeführt? *Antwort: ja.*

Frage 2: Wurde eine ordnungsgemässe Abnahme gemäss SIA-Norm 118 "Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten" entsprechend Art. 157 ff. "Abnahme eines Werks" vorgenommen? *Antwort: ja.*

Frage 3: Sind alle Rechte der Bauherrschaft gemäss der gleichen SIA-Norm entsprechend Art. 169 bis 171 "Mängelrechte" und Art. 176 "Neubeginn des Fristenlaufs" mit Nachdruck wahrgenommen worden? *Antwort: ja.*

Frage 4: Welche verbindlichen Fristen zur Mängelbehebung sind dem verantwortlichen Unternehmen gesetzt worden? *Antwort: Aktuell sind keine Mängel bekannt, die zu beheben wären. Beim fraglichen Lift handelt es sich nicht um einen Standardlift, sondern eine Sonderanfertigung. Aus diesem Grund wurde auch das Personal entsprechend geschult. Bereits mehrfach musste der Hersteller aufgeboten werden. Als Ursache stellte sich z. B. ein Kontaktfehler heraus; durch Witterungseinfluss bildete sich Kondenswasser. Die Herstellerfirma bemühte sich jedes Mal um eine rasche Pannenbehebung.*

Frage 5: Welche Kosten sind der Bauherrschaft bis heute entstanden? *Antwort: keine.* Welche Kosten werden noch anfallen? *Antwort: Dies ist noch Gegenstand von laufenden Abklärungen.*

Frage 6: Welche Umtriebe und Kosten sind dem Pächter des Binninger Schlosses durch den unbrauchbaren Behindertenlift bisher entstanden? *Antwort: Dem Gemeinderat sind keine Kostenfolgen bekannt. Doch zweifellos ist der Ärger gross.*

Frage 7: Welche Schadenersatzforderungen wurden bisher gegenüber dem verantwortlichen Unternehmen geltend gemacht? *Antwort: Keine, weil bis anhin alle Mängel anstandslos behoben wurden und keine Forderungen von Dritten vorliegen.*

Frage 8: Welche Massnahmen ergreift der Gemeinderat, um die Mängel endlich definitiv und dauerhaft zu beheben? *Antwort: Das geschilderte Vorkommnis ist tragisch. Ein vergleichbarer Fall in jedem anderen Gebäude würde aber nicht publik gemacht. Solche Themen sollten wirklich nicht im Einwohnerrat diskutiert werden. Für Gemeinderat und Verwaltung ist es selbstverständlich, dass alles unternommen wird, um Wiederholungen zu vermeiden. Für Auskünfte stehen sie jederzeit zur Verfügung. Das Plenum ist dafür der falsche Ort.*

*Präsident M. Ziegler* verabschiedet die beiden austretenden Mitglieder: Daniel Gorba, SP, war während seiner zehnjährigen Amtszeit Mitglied der Spezialkommission Verkehr. Seit 2003 war er ausserdem in der Bau- und Planungskommission tätig.

Als Parteiloser in der SP-Fraktion tritt auch Fabian Dietiker nach sechs Jahren zurück. Während seiner ersten Amtsperiode war er Stellvertreter in der BPK, ab 2005 Mitglied der GRPK, wo er ab Mitte 2006 das Vizepräsidium übernahm; in den letzten zwei Jahren war er als Präsident der GRPK. Die beiden Rücktritte sind überaus bedauerlich, weil beide Parlamentarier sich sehr engagierten. Dafür dankt er ihnen auch im Namen der Gemeinde herzlich und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.

*Vizepräsident A. Achermann* dankt dem Vorsitzenden M. Ziegler bestens für die grosse Arbeit, welche er im heute zu Ende gehenden Amtsjahr geleistet hat. In Anbetracht der wichtigen, umfangreichen Geschäfte und der vielen im Plenum gestellten Anträge, war sie sehr anspruchsvoll. Er hat diese Aufgabe ausgezeichnet gelöst. Den Beweis hat er auch heute wiederum erbracht, indem die lange Traktandenliste abgearbeitet werden konnte. Er dankt ihm ganz herzlich.